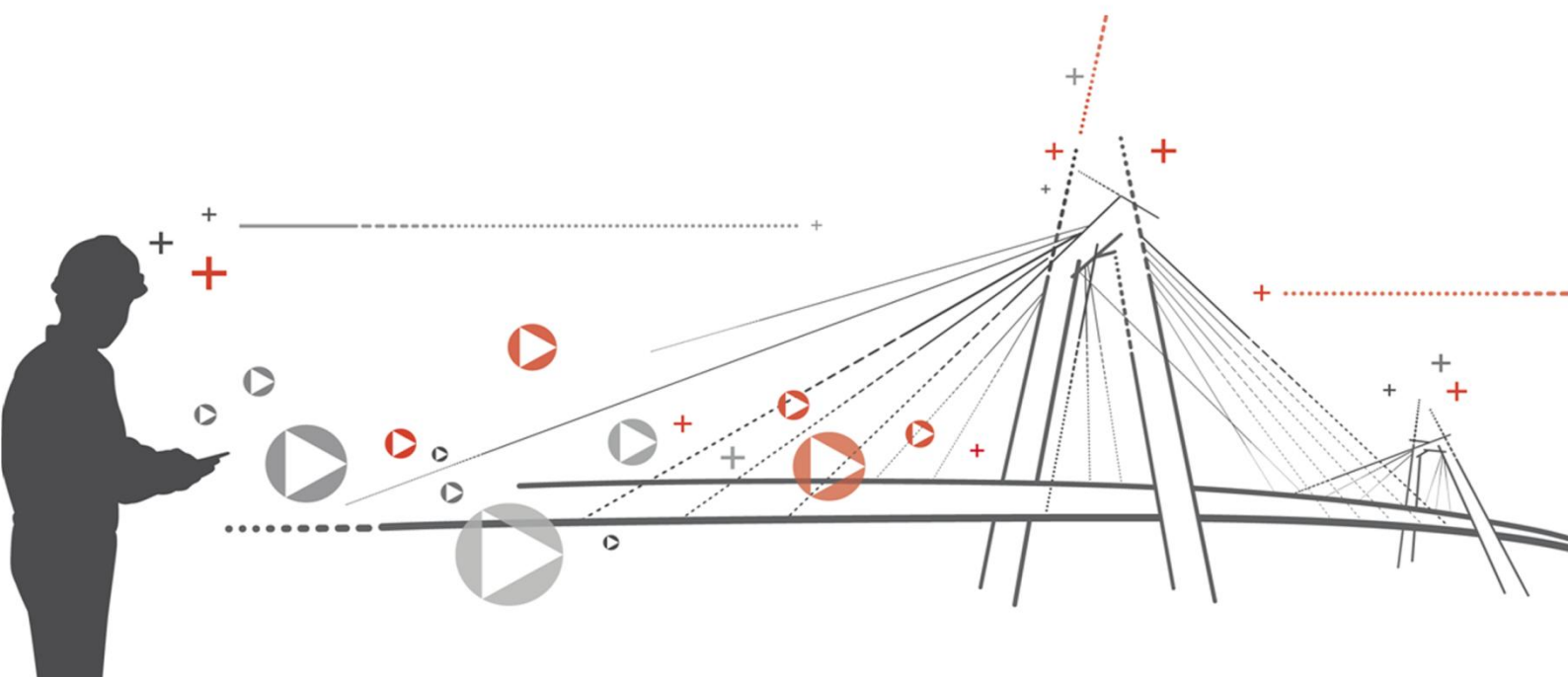




Parlamentdienste 3003 Bern

usic Sessionsvorschau Sommer 2015

1. – 19. Juni



Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen und Legenden.....	2
Agenda Sommersession 2015	3
Eidgenössische Abstimmungen vom 14. Juni	8

Abkürzungen und Legenden

Abkürzungsverzeichnis

Parlamentsgeschäfte

BRG	Geschäft des Bundesrats
Pa.Iv.	Parlamentarische Initiative
Kt.Iv.	Standesinitiative
Mo.	Motion
Po.	Postulat
Ip.	Interpellation
A.	Anfrage
Pet.	Petition

Eidgenössische Organe

BR	Bundesrat
NR	Nationalrat
SR	Ständerat
APK	Aussenpolitische Kommission
FK	Finanzkommission
GPK	Geschäftsprüfungskommission
KVF	Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen
RK	Kommission für Rechtsfragen

Fraktionen

BD	BDP-Fraktion
CE	CVP/EVP-Fraktion
RL	FDP-Liberale Fraktion
G	Grüne Fraktion

Quellen

Curia Vista Geschäftsdatenbank
Amtliches Bulletin – die Wortprotokolle

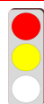
Behandlungskategorien

I	freie Debatte
II	organisierte Debatte
IIIa	Fraktionsdebatte
IIIb	Verkürzte Fraktionsdebatte
IV	Kurzdebatte
V	schriftliches Verfahren
SGK	Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
SiK	Sicherheitspolitische Kommission
SPK	Staatspolitische Kommission
UREK	Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie
WAK	Kommission für Wirtschaft und Abgaben
WBK	Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats
-N	des Ständerats
-S	
GL	Grünliberale Fraktion
S	Sozialdemokratische Fraktion
V	Fraktion der Schweizerischen Volkspartei ohne Fraktionszugehörigkeit
-	

parlament.ch/d/dokumentation/curia-vista/Seiten/default.aspx
parlament.ch/ab/frameset/d/index.htm



Dringlicher Handlungsbedarf



Handlungsbedarf



Aktives Monitoring



Passives Monitoring

Herausgeber:

Schweizerische Vereinigung Beratender Ingenieurunternehmungen usic
Effingerstrasse 1, Postfach 6916, 3001 Bern
Telefon: +41 31 970 08 88, Fax: +41 31 970 08 82, E-Mail: usic@usic.ch
www.usic.ch
www.iningenieursteckt.ch
www.facebook.com/usic.ch
www.twitter.com/usic_ch

Rückmeldungen und Auskünfte:

Laurens Abu-Talib
Telefon: +41 31 970 08 88
E-Mail: laurens.abu-talib@usic.ch

usic

Union Suisse des Sociétés d'Ingenieurs-Consultants
Schweizerische Vereinigung Beratender Ingenieurunternehmungen
Unione Svizzera degli Studi e Consulenti d'Ingegneria
Swiss Association of Consulting Engineers
Member of FIDIC and EFCA

Agenda

Sommersession 15

ÖFFENTLICHE INTERESSEN

Dienstag, 9. Juni 2015
Nationalrat (V)

14.3795 – Mo. Häberli-Koller (CVP/TG)

Gesetzliche Änderungen zur Förderung inländischer Arbeitskräfte

Inhalt: Der Bundesrat wird beauftragt, gesetzliche Änderungen zur Förderung inländischer Arbeitskräfte zu unterbreiten. Er schlägt Massnahmen zur Reduktion der Abhängigkeit von ausländischen Arbeitskräften vor, fördert die Beschäftigung von weiblichen und älteren Arbeitskräften und steuert seine Bildungspolitik dahingehend, dass Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu einem möglichst geringen Arbeitskräftemangel führen.

Bisher: BR: Annahme. SR: Annahme. WAK-N: Annahme.

Stand der Beratung: Motion an 2. Rat.



ABLEHNUNG. Die Planerbranche ist kurz- und mittelfristig auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Die Motion zementiert die Masseneinwanderungsinitiative und verschärft die Rekrutierung von Fachkräften zusätzlich. Damit droht eine vermehrte Auslagerung von Arbeiten ins Ausland.

Dienstag, 9. Juni 2015
Nationalrat (IIa/IV)

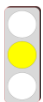
15.019 – BRG

Standortförderung 2016-2019

Inhalt: Mit 374,2 Mio. Franken sollen KMU-, Tourismus-, Regional- und Aussenwirtschaft gefördert werden.

Bisher: WAK-N: Kürzung der E-Government-Finanzierung von 17,7 auf 12,4 Mio. (13/11), Kürzung Exportförderung von 89,6 auf 84,4 Mio. (13/11/1), Förderung nachhaltiger Innovation in der Neuen Regionalpolitik (14/9/1).

Stand der Beratung: Im Rat noch nicht behandelt.



ERHÖHUNG BEITRÄGE FÜR E-GOVERNMENT UND EXPORTFÖRDERUNG. ANNAHME INNOVATIONS-FÖRDERUNG. Die anhaltende Frankenstärke setzt inländische Anbieter unter Druck, weshalb dringend Massnahmen zur Effizienz- und Innovationssteigerung nötig sind. E-Government senkt den bürokratischen Aufwand.

QUALITÄT & UNTERNEHMENSFÜHRUNG

Mittwoch, 3. Juni 2015
Ständerat

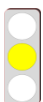
14.090 – BRG

OR. Firmenrecht. Änderung

Inhalt: Um die Unternehmensnachfolge zu erleichtern, werden die geltenden Vorschriften für die Bildung der Firma von Kollektiv-, Kommandit- und Kommanditaktiengesellschaften angepasst.

Bisher: RK-S: Annahme (9/1).

Stand der Beratung: Im Rat noch nicht behandelt.



ANNAHME. Besonders für KMU ist eine Weiterführung des Betriebs innerhalb der Familie von Bedeutung. Gleichzeitig können bürokratische Hürden gesenkt und somit die Effizienz gesteigert werden.

VERGABE

Dienstag, 2. Juni 2015
Nationalrat (IV)

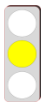
14.4307 – Mo. Moret (FDP/VD)

Anbieter im öffentlichen Beschaffungswesen: Einhaltung der Lohngleichheit nachweisen

Inhalt: Der Bundesrat wird beauftragt, den vorhandenen gesetzlichen Handlungsspielraum nach Artikel 8 Absatz 2 in fine des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB) zu nutzen, um zu verlangen, dass die Anbieterinnen und Anbieter mittels einer Bescheinigung eines sachverständigen Dritten den Nachweis für die Einhaltung der Bestimmungen über die Lohngleichheit erbringen. Falls die bestehenden gesetzlichen Grundlagen unzureichend sind, soll der Bundesrat verlangen, dass das BöB ergänzt wird, damit alle Anbieterinnen und Anbieter eine solche Bescheinigung einreichen müssen.

Bisher: BR: Annahme. NR; Bekämpft, Diskussion verschoben.

Stand der Beratung: Im Rat noch nicht behandelt.



ABLEHNUNG. Die usic begrüsst Lohngleichheit. Ein Vergleich muss aber innerhalb der gleichen Funktionen, Tätigkeiten und Altersklassen erfolgen. Die vorgeschlagene Bescheinigung durch Dritte führt zu Mehrkosten und Mehraufwand bei den Unternehmen. Statt einer starren gesetzlichen Regelung empfiehlt die usic eine Verbandslösung in Zusammenarbeit mit den Behörden sowie eine gründliche Prüfung des Berechnungsprogramms.

Donnerstag, 18. Juni 2015
Ständerat

14.3886 – Mo. Cassis (FDP/TI)

Für eine sprachfreundliche Vergabe auch von kleinen öffentlichen Aufträgen im Interesse unserer KMU

Inhalt: Der Bundesrat ist beauftragt, alle nötigen rechtsetzenden Massnahmen zu ergreifen, damit die Regeln zur Nutzung der Amtssprache für Bauaufträge des Bundes, die unter den Schwellenwerten gemäss Artikel 6 des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB; SR 172.056.1) liegen, mindestens gleich sprachfreundlich sind wie jene, die für öffentliche Aufträge gelten, die über den Schwellenwerten liegen.

Bisher: BR: Annahme. NR: Annahme. WBK-S: Annahme.

Stand der Beratung: Motion an 2. Rat.



ANNAHME. Die Forderung wird durch die laufende Revision des BöB bereits umgesetzt. Durch Annahme der Motion wird die Stossrichtung bekräftigt.

VERGABE

Donnerstag, 18. Juni 2015
Ständerat

14.3872 – Mo. Regazzi (CVP/TI)

Für eine korrekte Nutzung der Amtssprachen in den öffentlichen Ausschreibungen von bundesnahen Betrieben

Inhalt: Der Bundesrat ist gebeten, die notwendigen operativen und/oder gesetzgeberischen Massnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass in den bundesnahen Betrieben bei Ausschreibungen von Aufträgen bezüglich der Nutzung von Amtssprachen vergleichbare Regeln gelten wie bei öffentlichen Aufträgen des Bundes.

Bisher: BR: Annahme. NR: Annahme. WBK-S: Annahme.

Stand der Beratung: Motion an 2. Rat.



ANNAHME. Die Forderung wird durch die laufende Revision des BöB bereits umgesetzt. Durch Annahme der Motion wird die Stossrichtung bekräftigt.

Donnerstag, 18. Juni 2015
Ständerat

12.3914 – Mo. de Buman (CVP/FR)

Ausschreibungsverfahren in den drei Amtssprachen des Bundes

Inhalt: Der Bundesrat wird beauftragt, alle nötigen rechtsetzenden Massnahmen zu ergreifen, damit der Bund künftig bei der Ausschreibung und bei der Entgegennahme von Angeboten konsequent alle drei Amtssprachen des Bundes selber verwendet und akzeptiert.

Bisher: BR: Ablehnung. NR: Annahme. SR: Rückweisung an Kommission. WBK-S: Ablehnung (7/5)

Stand der Beratung: Motion an 2. Rat.



ANNAHME. Die Unterstützung der Motion sendet ein klares Signal an den Bund, die Ausschreibungspraxis in der anstehenden BöB-Revision zu verbessern.

MOBILITÄT & INFRASTRUKTUR

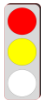
Dienstag, 2. Juni 2015
Nationalrat (IIIa/IV)

14.096 – BRG
Förderung der Kultur in den Jahren 2016-2020

Inhalt: Im Rahmen der Förderpolitik des Bundes sollen neu CHF 500'000 jährlich für die Förderung der Baukultur investiert werden (vgl. Entwurf 6 sowie BBI 2015 562 ff.).

Bisher: SR: Beschluss nach Entwurf des Bundesrats. WBK-N: Erhöhung um 10 Mio. für Heimatschutz und Denkmalpflege (10/6/7).

Stand der Beratung: Behandelt vom Ständerat.



ANNAHME MEHRHEITSANTRAG. Die neu enthaltene Förderung der Baukultur und stärkt das Ansehen der Bauwirtschaft leistet so indirekt einen Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels.

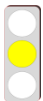
Donnerstag, 4. Juni 2015
Ständerat

12.4230 – Mo. Müller-Altermatt (CVP/SO)
Nationales Kompetenzzentrum Boden als Gewinn für Landwirtschaft, Raumplanung und Hochwasserschutz

Inhalt: Der Bundesrat wird beauftragt, die Grundlagen für eine zentrale unabhängige Verwaltungs- und Koordinationsstelle für Bodeninformationen zu schaffen. Diese soll als Bodenkompetenzzentrum sowohl quantitative als auch qualitative Bodeninformationen verwalten und zudem Standards zur Datenerhebung und zur Interpretation verbindlich festsetzen und aktualisieren.

Bisher: BR: Ablehnung. NR: Annahme. UREK-S: Annahme (6/3/1).

Stand der Beratung: Motion an 2. Rat.



ANNAHME. Besonders in der Raumplanung des Untergrunds stellen sich heute grosse Herausforderungen. Ein Nationales Kompetenzzentrum fördert die Harmonisierung innerhalb der Kantone und des Wissensstands.

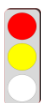
Donnerstag, 4. Juni 2015
Ständerat

14.036 – BRG
Gütertransportgesetz. Totalrevision

Inhalt: Stärkung des Schienengütertransports durch Sicherung von Fahrrechten (Trassen) und Einbezug von Kantonen und Branchen in den Planungsprozess, Eigenwirtschaftlichkeit, Entbindung der gesetzlichen Pflicht der SBB zur Anbietetung von Gütertransport, Verzicht auf Verlagerungsziel analog zum alpenquerenden Güterverkehr.

Bisher: NR: Abweichend vom BR.

Stand der Beratung: Behandelt vom Nationalrat.



ANNAHME ART. 8 UND ART. 18 GÜTG GEMÄSS NATIONALRAT. Die finanzielle Förderung der Verkehrsinfrastruktur, einschliesslich Hafengebäuden, ist notwendig, um den zukünftigen Herausforderungen in der Transportlogistik zu begegnen. Neben Erweiterungen und Erneuerungen ist dem Werterhalt bestehender Infrastrukturen besonders Rechnung zu tragen.

Agenda

Sommersession 15

MOBILITÄT & INFRASTRUKTUR

Donnerstag, 4. Juni 2015
Ständerat

14.071 – BRG

Modernisierung und Betrieb der Bahnlinie Annemasse-Genf. Abkommen mit Frankreich

Inhalt: Ziele dieser Botschaft sind die Ratifizierung des am 19. März 2014 in Paris unterzeichneten Abkommens zwischen der Schweiz und Frankreich über die Modernisierung und den Betrieb der Bahnlinie zwischen Annemasse und Genf sowie die Zustimmung zur exterritorialen Finanzierung von Bau und Unterhalt eines Gleises mit Schweizer Bahnstrom im Bahnhof Annemasse durch die Schweiz.

Bisher: NR: Beschluss gemäss BR. KVF-S: Antrag auf Zustimmung.

Stand der Beratung: Behandelt vom Nationalrat.



ANNAHME. Die Ratifizierung des Abkommens ermöglicht den grenzüberschreitenden Infrastrukturausbau.

Eidgenössische Abstimmungen: 14. Juni 2015

VORLAGE	PAROLE
Volksinitiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)»	NEIN
Stipendieninitiative und Totalrevision des Ausbildungsbeitragsgesetzes	-
Präimplantationsdiagnostik. Änderung der Bundesverfassung und des Fortpflanzungsmedizinergesetzes	-
Bundesgesetz über Radio und Fernsehen. Änderung	-